Von:	Jörg Rupp, Vorsitzender FW/UWG-Fraktion
An:	Kreistag
Betreff:	Re: Antrag der Fraktion FW/UWG
Datum:	Montag, 22. November 2021 19:23:34

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bitten wir um Ergänzung unseres Antrages um das Wort (Gesamthebesatz), um den Inhalt deutlicher zu machen. (Siehe unten.)

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Rupp

Am 05.11.2021 16:31, schrieb Jörg Rupp:

> Sehr geehrte Damen und Herren,
>
> hiermit reichen wir folgenden Antrag ein.
>
> Wir bitten um Veranlassung und bedanken uns zuvor sehr herzlich.
>
> Freundliche Grüße
>
> Jörg Rupp
>
> **Haushalt 2022: Kreis- und Schulumlage in der Summe (Gesamthebesatz) nicht erhöhen**
>
> Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beauftragt den Kreisausschuss, dafür zu sorgen, dass im Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 die Summe aus Kreis- und Schulumlage (Gesamthebesatz) nicht höher liegt als in 2021.
>
> Begründung:
>
> Aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich die Einnahmen der 23 Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg wie überall in Hessen und in Deutschland insbesondere wegen der zurückgehenden Gewerbe- und Einkommensteuer deutlich verringert, während die Ausgaben im wesentlichen gleich geblieben sind oder sich gar erhöht haben. Dadurch ist die Leistungsfähigkeit der Kommunen massiv eingeschränkt und ganz erheblich gefährdet. Sie können einen weiteren Anstieg der Umlagen des Kreises nicht mehr verkraften, sodass diese unbedingt vermieden werden muss.
>
> Viele Kommunen befinden sich aktuell in der Haushaltsplanung für 2022. Diese wird dadurch besonders erschwert, dass die weitere Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aufgrund der außergewöhnlichen Unsicherheiten in der Gewerbe- und Einkommensteuer sowie im kommunalen Finanzausgleich außerordentlich hohe Risiken birgt. Hinzu kommt, dass die erklärte Absicht des Kreisausschusses, den Haushaltsentwurf für 2022 erst im April 2022 einzubringen, weitere erhebliche Planungsunsicherheiten mit sich bringt. Ein deutlicher Anstieg der Umlagen würde die Planungen aller Kreiskommunen in Frage stellen. Das gilt es zu vermeiden.